



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/59 - 15. Februar 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-22

Fernschreiber 0886890

Hinweise
auf den Inhalt:

Zur Diskussion um den britischen Truppenabzug	S. 1
Hellmut Kalbitzer, MdB.: Notwendigkeit deutsch-polnischer Beziehungen	S. 3
Der entheiligte Sonntag	S. 5
Rundschreiber, die die Rentner nicht mehr erreichen...	S. 7
Querschüsse gegen Ollenhauers USA-Aufenthalt	S. 8
Arno Scholz: Ollenhauer in New York	S. 10

Folgen des Radford-Planes

sp. Die Ankündigung der britischen Regierung, sie wolle die Zahl der in der Bundesrepublik stationierten britischer Truppen von 80 000 auf 50 000 Mann herabsetzen, kommt nicht überraschend. Sie lag gewissermaßen "in der Luft", seitdem im berühmten Radford-Plan die Frage der Truppenreduzierung im Hinblick auf eine Qualitätsverbesserung der Verteidigung ganz allgemein und auch ausserhalb Amerikas zur Diskussion gestellt worden war. Obwohl man Herrn Adenauer seinerzeit versichert hatte, der Radford-Plan entspreche nicht der offiziellen Auffassung der amerikanischen Regierung, dürfte sich jetzt doch die Meinung durchgesetzt haben, dass die moderne Waffentechnik gebieterisch eine grundlegende Veränderung der bisher als "einzig richtig" bezeichneten Verteidigungskonzeption erfordert.

Gewiss mögen auch finanzielle Sorgen Grossbritannien veranlassen, seine Armee rationeller zu gestalten. Der wichtigste Grund für die jetzt angekündigte Massnahme der Truppenreduzierung dürfte jedoch in den Bestreben aller modernen Staaten zu suchen sein, ihre Verteidigungsplanung auf den Begriff der Qualität auszurichten. Im Zeitalter der ferngesteuerten Raketenwaffen ergibt sich die Umformung der militärischen Strategie und ihrer Organisation von selbst. Waffen, die noch vor einigen Jahren als "supramodern" galten, werden heute schon den internationalen Schrottkändlern angeboten. Immer mehr setzt sich die Auffassung durch, dass nicht ein Massenheer auf der Grundlage der

allgemeinen Wehrpflicht, sondern die technisch hochqualifizierte Truppe von Berufssoldaten den an das moderne Militär gestellten Anforderungen gerecht werden können. Die Engländer wollen daher die bei ihnen bestehende Wehrpflicht stufenweise abbauen und eine Freiwilligenarmee von Berufssoldaten schaffen.

In Frankreich und in den Vereinigten Staaten wird zur Zeit das gleiche Problem diskutiert. Dass man in der Bundesrepublik in dieser Frage noch weiter hinter den Mond lebt, mag wohl auf die Tatsache zurückzuführen sein, dass hier die "grosse Politik" nach den Vorstellungen und im Stil des vorigen Jahrhunderts gemacht wird.

Es ist reizvoll, in diesem Zusammenhang kurz auf die Etappen der bundesrepublikanischen Aufrüstungsdiskussion zurückzublicken. Noch vor fünf Jahren, anlässlich der NATO-Konferenz in Lissabon, behauptete man steif und fest, bis Juni 1954 (!) müssten in West-Europa insgesamt 200 Divisionen zur Verfügung stehen, wenn man "im Ernstfalle" die Sicherheit des freien Europa in etwa gewährleisten wolle. Diese Zahl von 200 Divisionen wurde ein knappes halbes Jahr später auf 85 reduziert. In der Bundesrepublik reißten zu jener Zeit die Aufrüstungsapostel mit der Behauptung im Lande herum, "mindestens 500 000 Mann" seien notwendig, um die Sicherheit West-Deutschlands garantieren zu können. Gleichzeitig verhiess man sich in die Forderung nach der allgemeinen Wehrpflicht, ohne die - um mit Adenauer zu sprechen - "das freie Europa und das deutsche Volk schutzlos dem Bolschewismus" ausgeliefert wären.

Dementsprechend wurde auch gareläng "geplant". Als man endlich begriffen hatte, dass diese Art von Verteidigungspolitik- und Organisation sinnlos ist, wurde Herr Blank nach Hause geschickt. Er war der erste Gefallene der noch nicht bestehenden deutschen Bundeswehr. Sein Nachfolger Strauß ist im Hinblick auf die technische Ausrüstung der Truppe schon etwas vorsichtiger geworden. Er und die CDU halten jedoch noch immer die allgemeine Wehrpflicht für die "einzig mögliche Form der Verteidigungsorganisation".

Man darf gespannt sein, ob das bundesrepublikanische Verteidigungsministerium aufgrund der neuesten Ankündigungen aus England die dort gemachten Erfahrungen und Vorstellungen in seine Plankungen einkalkulieren wird, oder ob man darauf beharrt, die Begriffe Sicherheit und allgemeine Wehrpflicht als "unlösbar miteinander verbunden" zu betrachten.

Polen denkt polnisch

In der letzten Ausgabe von "Geist und Tat" schildert der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Helmut Kalkbrenner seine Reiseeindrücke aus Polen. Er war der erste deutsche Parlamentarier, der nach dem zweiten Weltkrieg unser östliches Nachbarland besuchte. Überall begegnete er dem Wunsch nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Warschau und Bonn.

Die durch schreckliche Untaten zerstörten deutsch-polnischen Beziehungen sollten auch nach polnischer Meinung endlich wieder geknüpft werden. Die kaiserlich normale Beziehung Polens zur sogenannten Deutschen Demokratischen Republik ersetzt nicht die gewünschte Beziehung mit der Bundesrepublik. Denn man weiss in Polen, auf wie tönernen Füßen dieses Stalinistenregime bei den Deutschen steht.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen entspricht dem Interesse beider Völker. Die bisherige Ablehnung der Bundesregierung ist eine Folge ihrer aus der Zeit des Kalten Krieges festgefahrener Ostpolitik. Die Aufnahme der Beziehungen würde nicht der sogenannten DDR nützen, sondern ihr internationales Prestige weiter schwächen und sie noch mehr isolieren und keine westliche Macht veranlassen, nun auch das Ulbricht-Regime anzuerkennen, sondern gerade beweisen, dass auch dem Ostblock die sogenannte DDR kein Ersatz für Deutschland ist. Die diplomatischen Beziehungen sind auch erwünscht, weil sie Polen gegenüber der Sowjetunion mehr Bewegungsfreiheit geben; denn jetzt hat die Sowjetunion innerhalb des Ostblocks das Monopol der diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik. Das von der Bundesregierung vorgebrachte Bedenken, es würde im jetzigen Zeitpunkt die Polen gegenüber der Sowjetunion in Verlegenheit bringen, wird offenbar von den Polen nicht geteilt. Die mit den diplomatischen Beziehungen verbundene Errichtung von Konsulaten ist von besonderem Interesse für die noch etwa 300 000 Deutsche, die in Polen leben.

In Polen schätzt man die Bundesrepublik als eine wirtschaftliche Weltmacht, aber befürchtet, dass der Umsturz der westdeutschen Aufrüstung Revanchegeanken auslösen könnte. Wenn auch in Polen die volkstümliche Meinung anzutreffen ist - genau wie in Westeuropa -, ein geteiltes Deutschland sei schwächer und deshalb leichter zu ertragen als ein wiedervereinigtes, so sehen doch die polnischen Politiker, dass die Spaltung Deutschlands in einer internationalen politischen Krise leicht zum Brandherd werden kann. Deshalb sind für Polen die deutsche Wieder-

SPD-Pressedienst

F/XII/39

- 4 -

15. Februar 1957

vereinigung und eine effektiv kontrollierte deutsche Rüstungsbegrenzung miteinander verkrüpfelt! Solange die Polen sich vor einer deutschen militärischen Bedrohung nicht völlig sicher fühlen, solange sie insbesondere nicht die absolute Gewissheit haben, dass die deutsch-polnische Grenzfrage nicht unter militärischem Druck gelöst wird, werden sie zwangsläufig an die Seite der Russen gedrängt. Durch ständige plastische Darstellung dieser Gefahr macht man den Polen auch den Warschauer Pakt schmackhaft. Solange die deutsche Politik diese Furcht nicht zuerstreut, wird auch von westlicher Seite immer wieder versucht werden, im Interesse der polnischen Unabhängigkeit vor der Sowjetunion, Deutschland zur Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze zu bringen, und die westliche Unterstützung unseres Standpunktes zur Grenzfrage wird abnehmen.

Man neigt in Polen einem gesanteuropäischen Sicherheitsvertrag zu, in dessen Rahmen die Rüstung aller Mitglieder festzulegen wäre. Ein solcher Vertrag bedürfte der russischen (und amerikanischen) Zustimmung, denn Polen ist Mitglied des Warschauer Paktes. Aus diesem Pakt wird es nicht austreten, wenn der militärische Wert dieses Paktes auch geschwunden ist, da im Ernstfall die Russen nicht auf die osteuropäischen Völker rechnen können, sondern sie als Gegner hätten wie fremde besetzte Länder.

Die politische und gesellschaftliche Situation eines Landes bewährt sich nicht in ruhigen Friedenszeiten, sondern in kritischen Lagen. In einer solchen Lage ist der Ostblock offenbar für die Russen verloren, wenn er nicht durch verträgliches Verhalten des Westens zusammengeschrieben wird. Nicht der Westen, sondern der Osten ist deshalb heute in der Defensive, weil auf die Dauer keine Waffenmacht abfallende Völker zusammenzuhalten vermag.

Ebensowenig bedeutet die Aufnahme der Beziehungen unsererseits eine Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze, denn ich bin völlig sicher, Polen wäre bereit, die Grenzfrage bei Aufnahme der Beziehungen ausdrücklich ausklammern zu lassen. (Derselbe Vorbehalt wurde ja auch vom Bundeskanzler bei der Aufnahme der Beziehungen zur Sowjetunion gemacht.) Denn weder Deutsche noch Polen können in absehbarer Zeit von ihren Standpunkt in der Grenzfrage abgehen, wenn sie sich nicht völlig von ihren Völkern isolieren wollen. Es wird von polnischer Seite zwar offiziell geleugnet, dass es auch ein Problem der polnischen Ostgrenze gäbe, aber in der Tat hat sich die Öffentlichkeit keineswegs mit der Abtretung Wilnas und Lembergs abgefunden. Diese Grenze hat für Polen genau solch ein Problem der Vertriebenen ergeben wie die polnische Westgrenze für Deutschland.

Gefragt, ob Polen östlich oder westlich denke, antwortete ich: Polen denkt polnisch.

* * *

- 5 -

Ein Damm gegen die Entheiligung des Sonntags

rd - Hitzige Protesttelegramme erreichen den Vorstand der IG-Metall und den Arbeitsminister des Landes Nordrhein-Westfalen, wegen des Arbeitszeitabkommens, das die Tarifpartner der Hütten- und Elektrostahlwerke an Rhein und Ruhr am 21. Dezember 1956 abgeschlossen haben. Das Abkommen bringt 17 000 Arbeitnehmern in den Warmbetrieben "erster Hitze" die "kontinuierliche Arbeitswoche", mit 42 Arbeitsstunden und vollem Lohnausgleich. Eigenartigerweise kommen diese Proteste nicht aus den Kreisen der so begünstigten Arbeitnehmer, sondern aus den katholischen Gebieten des Münster- und Siegerlandes, sowie aus Rheinland-Pfalz, wo es solche Warmbetriebe gar nicht gibt, wo aber die bisher gescheiterte christliche Gewerkschaftsbewegung Boden zu gewinnen sucht und Proteste gegen die "Entheiligung des Sonntags" sogar von den Kanzeln verlesen wurden.

Seit Jahrzehnten wird in den Hüttenwerken an Rhein und Ruhr durchgehend an den Sonntagen gearbeitet. Die übliche Arbeitszeit betrug 53 Stunden. Es gab Arbeiter, die innerhalb 40 Jahren keinen freien Sonntag gehabt haben. Die jetzt getroffene Regelung verschafft diesen Arbeitnehmern mindestens 9 bis 16 freie Sonntage im Jahr, denen jeweils noch ein freier Samstag vor- oder ein freier Montag nachgeschaltet ist. Doch nicht nur in diesen Betrieben wurde bisher sonntags gearbeitet. Eine Untersuchung des Sozialministeriums Nordrhein-Westfalen ergab, dass allein in diesem Lande von insgesamt 5,8 Millionen Beschäftigten rd. 1 Million auch sonntags arbeiten, davon nur 275 000 unter gewerblicher Kontrolle und die übrigen 725 000 ohne besondere Genehmigungspflicht. Hier handelt es sich um Post, Bahn, Städtische Verkehrsbetriebe, Gaststätten usw. usw.

Muss es nicht eigenartig anmuten, dass der seit Jahrzehnten andauernde Zustand unregelter Sonntagsarbeit bisher niemand zu einem Protest anrief - auch keine Konfession -, dass es jedoch nun Proteste hagelt, da die IG-Metall erstmalig für wenigstens 17 000 Arbeitnehmer dieser menschlichen Überbelastung Grenzen zog? Als der erste Versuch einer kontinuierlichen Arbeitswoche unter der Aufsicht des katholischen Ministerpräsidenten Karl Arnold und seines katholischen Arbeitsministers Ernst in einem Hüttenwerk der Ruhr unternommen wurde, gab es auch keinen Protest. Nachdem aber die IG-Metall in der Amtszeit des Sozialde-

15. 2. 1957

nkrateu Steinhoff und seines sozialdemokratischen Arbeitsministers Mensath nach diesem geglückten Versuch eine vertragliche Regelung auch für andere Betriebe traf, galt plötzlich der Sonntag als entheiligt. Der Bundesfamilienminister Würmeling reist sogar im Lande herum, allerdings nicht im Bereich der betroffenen Betriebe, um dieses Abkommen als "östliche Importware" zu bezeichnen und den IG-Metall-Funktionären zu empfehlen, doch "gleich nach dem Osten auszuwandern".

Offensichtlich wird also hier ein Kampf der CDU und der sogenannten Christlichen Gewerkschaften gegen das Kabinett Steinhoff, gegen die IG-Metall und anlässlich des Wahljahres gegen die Sozialdemokraten geführt.

Vor dem Abschluss des Abkommens und aus eigenem Antrieb hat aber die IG-Metall mehrere Besprechungen mit den Vertretern beider Konfessionen geführt. In einer abschliessenden Protokollnotiz dieser Besprechungen wurde festgehalten, dass der Abschluss eines Abkommens nicht als ein unfreundlicher Akt gegen die Kirche gewertet werden könne. Trotzdem brach der katholische Gesprächspartner - mit der evangelischen Seite gab es bisher keine Schwierigkeiten - nach dem Abschluss des Abkommens und durch einen Brief des Kardinals Frings vom 5. Februar das Gespräch zunächst brüsk ab, um in einem zweiten Brief vom 8. Februar die Fortsetzung des Gespräches nachzusuchen. Dieser Vorgang lässt darauf schliessen, dass der Kardinal und die mit ihm gegen das Abkommen protestierenden Bischöfe sich von den katholischen Verhandlungspartnern falsch unterrichtet fühlten, und nun noch zu einer beiderseitig befriedigenden Lösung kommen möchten. Inzwischen läuft jedoch die diffamierende Protestkampagne, insbesondere der sogenannten christlichen Gewerkschafter, weiter und sie trägt nicht dazu bei, die Atmosphäre zu entgiften.

Es ist sicher räsig, die Gewerkschaften aufzufordern, den Arbeitnehmern mehr Freizeit, insbesondere freie Sonntage, zu verschaffen. Mit diesem Abkommen hat die IG-Metall zumindest für einen Teil der Arbeitnehmer sogar einen Dank gegen die unzumutbare dauernde Sonntagsarbeit aufzurichten gesucht. Wer solche Regelungen nicht will, aber auch nicht in den Verdacht geraten möchte, der bisher unregelmässige Zustand ohne freien Sonntag sei ihm lieber, der muss eine bessere Lösung vorschlagen. Diese Lösung muss vermeiden, dass bei Wegfall aller Sonntagsarbeit ein Produktionsausfall von 15% und eine Kostenhöhung bis

zu 25% entsteht, die der Bundeskanzler nach seiner Erklärung auf dem DGB-Kongress für untragbar hält. Es genügt auch nicht, wie Arbeitsminister Heinsath erklärte, dass Bundesminister, Politiker und andere hochgestellte Persönlichkeiten von der Heiligung des Sonntags reden. Sie müssen entweder im Wege der Bundestagsgesetzgebung oder der Verhandlung mit den sich in diesem Punkte einigen Tarifpartnern eine bessere Lösung vorschlagen oder sogar treffen, anstatt hier der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen und der IG-Metall allein die Verantwortung zu überlassen.

+ + +

"Adressat verstorben..."

sp - Viele Rentner - wieviele es sind, weiss niemand - werden nicht mehr in den Genuss erhöhter Renten kommen. Es müssen sehr viele sein, denn unerwartet hoch ist der Prozentsatz von an Rentnern gerichteten Rundschreiben, die in diesen Tagen im Büro der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion mit dem schlichten Vermerk versehen: "Unzustollbar, da Adressat verstorben", täglich eintreffen. Für sie kamen die Erhöhungen zu spät. Wieviele von diesen alten Männern und Frauen mögen ihre letzten Jahre in Bitternis und dumpfer Schwermut verbracht haben, in Verzweiflung darüber, Vergessene und Verlorene zu sein.

Die so spät verabschiedeten Rentengesetze - dass sie nicht das bringen und halten, was ihnen von einer geschäftigen Propaganda angepöndelt wird, dürfte sich bald herausstellen - gehören wahrlich nicht zu den Ruhmesleistungen der deutschen Nachkriegsgeschichte. In vielen anderen Dingen war man eiliger, in der Aufrüstung etwa. Hätte es nicht die Opposition und, bitte, nicht vergessen, die bevorstehenden Bundestagswahlen gegeben, die größte Regierungspartei würde sich wahrscheinlich auch noch damit recht lange Zeit gelassen haben. Der Blick auf die Wahlurne tat Wunder, überwand ihre Trägheit, öffnete ihre aufrüstungswilligen Herzen, wobei sie es noch so einzurichten wussten, dass die ersten erhöhten Zahlungen - Welch ein Zufall! - wenige Monate vor dem Wahltermin fällig werden.

Scheint dies nicht eine besondere, und zwar eine besonders verwerfliche Art von Wahlspekulation und Wahlstrategie zu sein? Ungezählte

Rentner kommen dabei um einen gesicherten, von drückendster Not befreiten Lebensabend. Sie verblieben auf der Schattenseite des bundesrepublikanischen Wirtschaftswunders, obwohl es hätte so nicht sein müssen angesichts der Milliardensummen, die sich in den Bundeskassen häuften. Übrigens: Mit der Gesetzgebung für die politisch Verfolgten verhielt es sich ähnlich: Auch hier konnte sich die Regierung erst zum Handeln entschliessen, als Not und Elend dieser unglücklichen Opfer des Dritten Reiches nicht zu übersehen waren und gleichzeitig es opportun erschien, einem zweifelnden Ausland doch noch Beweise des Willens für Wiedergutmachung zu liefern. In beiden Fällen wurden - und um welchen Preis - moralisch-sittliche Verpflichtungen, die keinen Aufschub duldeten, dem politischen Zweckdenken der Koalitionsmehrheit untergeordnet.

Beunruhigte CDU

sp - Der französischsprachige Sender Luxemburg hat in einem Kommentar zu der Amerika-Reise des Oppositionsführers unter Hinweis auf die bevorstehenden Bundestagswahlen und die Möglichkeit, dass der SPD-Vorsitzende dann Nachfolger Adenauers werden könne, festgestellt, dass den Amerikanern daher die Ansichten Erich Ollenhauers nicht gleichgültig seien. Wir zitieren diesen Sender, dem nicht einmal der "Rheinische Merkur" sozialdemokratische Infiltration andichten kann, einfach aus dem Grunde, um diese nüchterne Auslandestimme der erstarrlichen Hysterie entgegenzustellen, von der die CDU angesichts der sehr grossen Aufmerksamkeit, die Ollenhauers Erklärungen in den USA finden, erfasst worden ist.

Der "Rheinische Merkur" mit seinen ausserhalb vernünftiger Kategorien stehenden und manischen Maßergüssen ist zwar nicht unbedingt typisch für die CDU, wenn auch aus gewissen Anzeichen besorgt geschlossen werden muss, dass sein Niveau den Wahlkampf der Kanzlerpartei koatinnieren könnte. Aber schon die offiziellen Erklärungen und Artikel der CDU-Führung lassen erkennen, dass man dort in der selbst-erzeugten Identifizierung "Adenauer und CDU ist gleich Bundesrepublik" in einer Weise verfangen ist, die schon eine blosser Diskussion über

15. 2. 1957

die Ablösung der Adenauer-Regierung als sakrileg empfindet. Dass die CDU aus dieser hybriden Geistesverfassung heraus auch auf den ihr über die Regierung zur Verfügung stehenden Weg alle möglichen Versuche unternommen hat, die der Reise Ollenhauers atträglich sein könnten. Das versteht sich, vom regierungsoffiziellen Bonn aus gesehen, beinahe schon von selbst, wenn es auch mit den landläufigen Vorstellungen von politischer Fairness kaum mehr in Übereinstimmung gebracht werden kann. Doch überfordert man wahrscheinlich diese CDU-Führung, wenn man von ihr derartige Selbstverständlichkeiten verlangen würde. Wie sehr die moralische Abwertung dieser Gruppe auch ausserhalb der Bundesrepublik schon als Normalzustand hingenommen wird, das kann man im Palais Schaumburg und in seinen Dependancen tagtäglich in allen grösseren Auslandszeitungen nachlesen.

Man wird dort sicher auch bemerkt haben, mit welchem unverhohlenen Lächeln das Ausland den "überlegten Querschuss" der Bekanntgabe der Adenauer-Reise quittiert hat. "Le Monde" schrieb, dass "Wochen geduldigen Bemühens Adenauer schliesslich das beschert haben, was er sich wünschte", nämlich die Einladung nach den USA. Des Kanzlers liebstes Kind, sein Pressechef, konnte sie ihm aufatmend auf den Tisch legen. Dass dabei in der Eile aus der Einladung des Aussenministers Dulles eine Einladung Eisenhowers wurde, wäre vielleicht in anderen Hauptstädten aufgefallen. In Bonn geht so etwas unter.

Den Wahlstrategen des Kanzlers schwebt eine Wiederholung des Jahres 1953 vor, als Adenauer, wie "Le Monde" ironisierend schreibt, mit einer Art moralischen Investitur durch Washington gerade zum CDU-Parteitag zurückkehrte, um sich dem deutschen Wähler "als Moses der deutschen Nachkriegsgeschichte" zu präsentieren. Nun aber habe sich "die gleichsam biblische Anziehungskraft verflüchtigt, die Adenauer ausstrahlte".

Genau das ist, was den Kanzler und seine Manager beunruhigt. Die CDU weiss, dass nur Adenauer und nur er allein ihre Hoffnung für den 12. September sein kann. Aber dieser "Moses" ist nicht mehr das, was er 1953 war. Auch und gerade in Amerika beginnt man, sich sehr ernsthaft mit der Möglichkeit einer Ablösung der Adenauer-Regierung und ihrer Ersetzung durch einen Bundeskanzler Ollenhauer zu beschäftigen. Auch dort lässt diese "gleichsam biblische Anziehungskraft" des "Alten" nach. Dieser Entwicklung zeigen sich die Nerven der CDU-Führung nicht mehr gewachsen. Was übrig bleibt, ist, mit einem Wort gesagt, "Rheinischer Merker".

15. 2. 1957

Klimawechsel in der Wallstreet

A.Sch., New York

Die Spitzen der Wolkenkratzer in New York sind nicht zu sehen. So tief hängen die Wetterwolken um die eigentlichen Könige dieser grössten Stadt der Welt. Auf dem Empire State Building wären mir zwar gestern beinahe die Hände an die Fotoapparate gefroren, aber die Stadt unter mir - ich war im 102. Stockwerk - lag in der Sonne.

Die Tatsache, dass sich der Führer der Opposition im Bundestag, Erich Ollenhauer, zu allen Fragen der Presse und den Fernsehcameras gestellt hatte, muss doch imponiert haben. Auf der ersten Seite der grossen Zeitungen steht nicht nur das Bild von ihm, sondern auch ein langer Bericht über die Gespräche und ein Lebenslauf. Natürlich sind die Berichte nicht nur positiv. Die Meinung, dass eine militärische Blockbildung der "einzige Weg" ist, den die freie Welt gehen kann, wenn sie sich behaupten will, baut sich erst langsam ab. Wichtig war ja in erster Linie auszusprechen, dass auch andere Möglichkeiten erschöpft werden sollten. Und es hier in New York auszusprechen und Zuhörer aus verschiedensten politischen, vor allem den führenden Schichten zu gewinnen, die dann prüfen und weiter diskutieren, darauf kam es an.

Keiner Frage ausgewichen

Darum war es richtig, dass Erich Ollenhauer auch Einladungen führender Zeitungen annahm. Nachdem wir bereits am ersten Tage unseres Besuches bei Harry Luce, dem Herausgeber der grössten Zeitschrift waren, gab einer der international angesehensten Verleger, der New York Times, Arthur Hays Sulzberger, ein Essen für uns, zu dem er auch seine wichtigsten Mitarbeiter eingeladen hatte. Auch in diesem Kreis wich Ollenhauer keiner Frage aus. Es kam ihm auch hier darauf an zu überzeugen, dass die Sicherheit der freien Welt und vor allem die der Europäer nicht gefährdet werden soll, sondern dass andere Wege gegangen werden müssen, um nicht stehen zu bleiben, sondern auch anderen Völkern und insbesondere den 17 Millionen in der Sowjetzone zu gleichen Freiheiten zu verhelfen. Aus den Fragen und Zwischenbemerkungen war eine erstaunlich bis in letzte Einzelheiten gehende Vertrautheit mit der Entwicklung in Ungarn, Polen festzustellen.

Die gleichen Fragen standen bei dem Empfang, den Dr. Adolf Hamburger für die wichtigsten Repräsentanten deutscher Unternehmen in den USA gab, und bei einem Abendessen im Hause des deutschen Generalkonsuls Dr. Adolf Reifferscheidt an der Tagesordnung. An diesen nahmen auch der ehemalige Staatssekretär Staudinger im Preussischen Kabinett und der Sohn des ehemaligen Reichsgerichtspräsidenten in der Weimarer Republik teil.

Die beiden repräsentativen Veranstaltungen, auf denen Erich Ollenhauer auch sprach, waren die von der "Foreign Policy Association" und vom "Council On Foreign Relations". Diese Organisationen gaben

Erich Ollenauer mit ihren Veranstaltungen eine Aussprachemöglichkeit in prominenten Kreisen.

Ollenauer hinterliess starken Eindruck

Bei dem Mittagessen, das die "Foreign Policy Association" gab, meldeten sich über 700 Personen an, die in dem grossen Ballsaal des bekannten Shearstonator Hotels am Timesquare knapp Platz fanden. Trotz des schlechten Wetters waren viele prominente Gäste bis zu drei Stunden vom Land in die Stadt hereingefahren, um die Ansprache von Erich Ollenauer mitzuerleben. Ungewöhnlich-verabschiedeten sie ihn, sichtlich beeindruckt von seiner offenen Art, seiner gewinnenden Herzlichkeit und seiner Festigkeit, mit der er die politischen Ziele der Sozialdemokratie vertrat. Eingeführt in diesen Kreis hatte ihn der Präsident des Huntercollege, Dr. George Shuster, der nach 1945 jahrelang als Leiter der amerikanischen Besatzungsbehörden in Bayern sehr aufgeschlossen und hilfsbereit war, die Marshallplan-Idee förderte und verwirklichen half.

Die Veranstaltung des "Council On Foreign Relations" einer Organisation, die nur politisch Interessierte aufnimmt und sehr exklusive Veranstaltungen durchführt, bot Ollenauer ein sehr aufmerksames und einflussreiches Publikum. Dort übernahm Nelson Rockefeller jr., früherer Staatssekretär, die Vorstellung von Erich Ollenauer, in der er die Verdienste der Deutschen Sozialdemokratie für die Einführung und Erhaltung der Demokratie hoch anerkannte. Auch vor diesem Kreise gab Ollenauer ein rückhaltloses Bild der politischen Situation und hob die Möglichkeiten hervor, die nach seiner Meinung Initiative erfordern. Mit einer Unzahl von Fragen informierte sich dieser Kreis und zeichnete am Ende dieser Veranstaltung Erich Ollenauer mit herzlichem Beifall aus, der natürlich nicht bedeuten sollte, dass alle seine Auffassungen geteilt werden.

Besonders starke Zustimmung fanden Erich Ollenauers anerkennende Worte für die Berliner, auf die er hinwies mit dem Bemerkem, dass diese allgemein und besonders in den USA anerkannte Politik unter massgebender Führung der Sozialdemokratie betrieben wurde, die damit unter Beweis gestellt habe, wie sehr sie die Freiheit zu verteidigen bereit seien.

Die drei Tage in New York waren dann noch ausgefüllt durch ein Gespräch mit dem Gouverneur des Staates New York, Harriman, und dem Generalsekretär der UNO, Hammarskjöld, der sich trotz dringender Ausschussberatungen eine halbe Stunde mit den Führer der Opposition unterhielt. Hammarskjöld war in diesem Gespräch optimistisch, auch die Nahost-Frage zu einer allgemein befriedigenden Lösung bringen zu können. Dann sei auch Zeit, andere Probleme anzufassen.

Zwei Pressekonferenzen und Fernsehvortrüge in Sendern, die über 5 Millionen angeschlossene Apparate haben, beendeten dann die Tage in New York.

+ + +

++ herzlich

Verantwortlich: Günter Markscheffel